

Elbkurier

Informationsblatt des **CDU-Kreisverbandes Magdeburg**

AUS DEM INHALT



Heike Brehmer über
Reformation, EEG,
Flexiquote und
CDU-Erfolge → 2

Wir brauchen mehr Europa
und mehr Demokratie → 5

Webel würdigt Entwicklung
in Rothensee → 7



Abgeordnete im Gespräch
mit Bahnchef und
Beigordnetem → 8

Kritik der KPV am geplanten kommu-
nalen Finanzausgleich → 9



CDU Olvenstedt im Einsatz
für Patenschafts-
spielplatz → 11

Magdeburger Herrenkrug -
ein lohnenswertes Ziel → 11



Inneren Sicherheit und
Kennzeichnungspflicht -
Themen JU → 15

CDU schickt Tino Sorge ins Rennen Entscheidung über Bundestagskandidatur erst in der Verlängerung



Tino Sorge ist Bundestagskandidat - seine Bewerbungsrede hat letztlich die Mehrheit der CDU Mitglieder aus Magdeburg und dem Raum Schönebeck überzeugt. Auf dem Podium von links: die stellv. CDU-Landesvorsitzende Heike Brehmer MdB, der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull (MD), der Wahlleiter Dr. Klaus Klang und der CDU-Kreisvorsitzende Gunnar Schellenberger MdL (Salzlandkreis).

Foto: Birgit Uebe

Tino Sorge geht für die CDU Magdeburg ins Rennen um das Direktmandat für die Bundestagswahl 2013. Er bewirbt sich für den Wahlkreis 69, zu dem neben Magdeburg auch Teile des Altkreises Schönebeck gehören. Im entscheidenden dritten Wahlgang erhielt der Jurist aus dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft 79 von 155 gültigen abgegebenen Stimmen. Knapp dahinter der ehemalige Bundestagsabgeordnete und FIFA-Schiedsrichter Bernd Heynemann mit 76 Stimmen, der zuletzt 2009 von der CDU Magdeburg nominiert wurde. Zuvor lagen beide in der zweiten Runde mit jeweils 89 Stimmen noch gleichauf. Im ersten Durchgang konnten sich Heynemann (71 Stimmen) und Sorge (45 Stimmen) mit den besten Resultaten für die Stichwahlen qualifizieren.

Nicht nur wegen der knappen Ergebnisse im Endspurt, auch wegen der Vielzahl der Kandidaten und der Qualität ihrer Vorstellungsreden wurde die Wahlversammlung am 30. Juni zu einem echten Wahlkrimi. Es dauerte fast fünf Stunden bis über dem Magdeburger Ramada-Hotel der sprichwörtliche „weiße Rauch“ aufging.

Es war der souveränen Regie von Verkehrsstaatssekretär und langjährigem Landeswahlleiter Dr. Klaus Klang zu verdanken, dass die Veranstaltung noch am Nachmittag endete.

Kreisvorsitzender Tobias Krull hob zu Beginn die hohe Bewerberzahl hervor. So viele kompetente Anwärter für die Kandidatur, das zeuge von personeller Qualität und transparenten, demokratischen Verfahren. „Bei uns werden die Kandidaten demokratisch gewählt – und nicht im stillen Kämmerlein ausgekungelt“, so Krull.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Sachsen-Anhalt, Heike Brehmer MdB, stellte in ihrem Grußwort ihre Erfahrungen im Bundestag dar: „Die Arbeit im Parlament erfordert gleichzeitig Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß.“ Mit der Eurokrise sei die Arbeit noch wichtiger, aber auch komplizierter geworden. „Sie bewerben sich um keinen einfachen Job“, so Brehmers Appell. Weitere Gäste der Veranstaltung waren der JU-Landesvorsitzende Sven Schulze sowie die Landtagsabgeordneten aus Magdeburg und Schönebeck.

Furcht vor großen Aufgaben war bei den Vorstellungen der Kandidaten nicht zu bemerken. Ilona Hesse betonte ihre beruflichen Erfahrungen als Geschäftsführerin sowie Dozentin und versprach, sich insbesondere für die Stärkung des Ehrenamtes sowie in der Gesundheitspolitik zu engagieren. Auch wolle sie sich für die Steigerung des Frauenanteils in öffentlichen Ämtern einsetzen.

> lesen Sie weiter auf Seite 4

Heike Brehmer über Reformation, EEG, Flexiquote und CDU-Erfolge

Elbkurier: Frau Brehmer, Sie waren jahrelang Landrätin im Landkreis Aschersleben-Staßfurt und sind jetzt seit drei Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Harz- und Salzlandkreis. Wie gestaltet sich die Arbeit als Abgeordnete?

Brehmer: Meine Arbeit als Landrätin war eine harte aber gute Schule für den Bundestag. Man hat wenig Zeit für Privatleben und muss sich um eine breite Themenpalette kümmern. Meine Aufgaben als Bundestagsabgeordnete sind unglaublich vielfältig und umfangreich. In den Sitzungswochen findet meine Arbeit im Bundestag in Berlin statt. Dort haben wir einen strikten Wochenplan mit Anhörungen, Ausschuss- und AG-Sitzungen und dem Plenum, das oft bis spät in die Nacht hinein reicht.

Elbkurier: Bleibt da noch Zeit für die Bürger im Wahlkreis?

Brehmer: In den sitzungsfreien Wochen und am Wochenende bin ich im Wahlkreis unterwegs und habe dort verschiedenste Veranstaltungen, Termine oder Bürgersprechstunden. Zu meinem Betreuungswahlkreis Magdeburg habe ich besonders durch die KPV einen großen Bezug. In der Sommerpause mache ich regelmäßig eine Sommertour, wo ich interessante Projekte besichtige, die mit Bundesmitteln gefördert werden.

Elbkurier: Was waren die Schwerpunkte Ihrer politischen Arbeit?

Brehmer: Die liegen zum einen im Bereich Arbeit und Soziales zum anderen im Bereich Tourismus. In diesen Ausschüssen bin ich ordentliches Mitglied. Stellvertretend bin ich im Ausschuss für Gesundheit sowie in Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Elbkurier: Was konnten Sie durch Ihre Arbeit konkret erreichen?

Brehmer: Mit Fördermitteln aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes konnten in Sachsen-Anhalt viele Kirchen und Schlösser saniert werden. Das freut mich, denn ich hatte mich dafür im Bundestag eingesetzt. Für das 125-jährige Jubiläum der Harzer Schmalspurbahn habe ich mich für die Herausgabe einer Sonder-Briefmarke erfolgreich eingesetzt.

Die von Dr. Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt entwickelte „Bürgerarbeit“ haben wir auf Bundesebene als Modellprojekt



Die Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer im Interview mit Wilfried Köhler am Rande des Nominierungsparteitages im Ramada Hotel Magdeburg. Fotos: Birgit Uebe

eingeführt. 2010 konnten im Rahmen dieses Modells auch z.B. in Magdeburg „Bürgerarbeitsplätze“ eingerichtet werden.

Elbkurier: Wo wären Sie gerne weiter gekommen?

Brehmer: Ich hätte mich gefreut, wenn die Erteilung der Genehmigung für das Schiffshebewerk Rothensee in Magdeburg nicht so lang gedauert hätte. Aber letztlich hat sich unsere Hartnäckigkeit doch ausgezahlt.

Elbkurier: In fünf Jahren jährt sich der Beginn der Reformation zum 500. Mal. Welche Rolle spielt die Lutherdekade im Tourismusausschuss des Bundestages?

Brehmer: Die Lutherdekade hat auf Bundesebene eine sehr große Bedeutung, schließlich geht es um ein welthistorisches Ereignis. Für die Förderung der Lutherdekade stellt der Bund jährlich 5 Mio. Euro zur Verfügung. Eine Delegation des Bundestages vom Ausschuss für Kultur und Medien sowie Tourismus war erst kürzlich in Wittenberg und hat sich vor Ort informiert.

Elbkurier: Wie kann sich Sachsen-Anhalt als Kernland der Reformation national und international vorteilhaft präsentieren?

Brehmer: Sachsen-Anhalt präsentiert sich mit den einzelnen Wirkungsstätten Luthers vor allem in Wittenberg und Eisleben schon jetzt mit vielen kulturellen Highlights.

Im Tourismusausschuss haben wir dazu Gespräche mit der Deutschen Zentrale für Tourismus geführt, damit sie dieses historische Ereignis in ihr Programm aufnimmt, um dafür in den Regionen zu werben. Ich sehe das als Riesenchance für unser Land, dass wir in den alten Ländern

nicht nur mit Negativschlagzeilen wahrgenommen werden, sondern als Kernland deutscher Geschichte mit großartigen Persönlichkeiten. Das wird unserem Image im In- und Ausland sicherlich gut tun.

Elbkurier: Martin Luther ist in Magdeburg in die Domschule gegangen und hat hier mehrfach gepredigt. Könnte auch Magdeburg von den Fördermitteln profitieren?

Brehmer: Ganz bestimmt! Die Möglichkeit, entsprechende Förderanträge beim Bund zu stellen, ist da.

Elbkurier: Der CDU wird vorgeworfen, Sie habe in den letzten Jahren viele frühere Kernbotschaften über Bord geworfen. Stichworte sind: Ausstieg aus der Kernenergie, Einführung von Mindestlöhnen, Vergemeinschaftung von Schulden im Euroraum. Wie ist Ihre Position dazu?

Brehmer: Nach drei Jahren christlich-liberale Koalition ziehe ich eine positive Zwischenbilanz. Gerade im Hinblick auf große Ereignisse wie Fukushima oder die Euro-Krise können wir uns glücklich schätzen, eine unionsgeführte Bundesregierung zu haben. Wäre es nach Rot-Grün gegangen, hätten wir die Ursachen der Krise wohl kaum so konsequent angepackt wie wir es in den letzten Wochen und Monaten getan haben.

Elbkurier: ... das dürfte vielen Bürgern aber nicht bewusst sein!?

Brehmer: Ich bin stolz auf unsere Kanzlerin, die mit großer Energie und Beharrlichkeit Stabilitätspolitik und Solidarität zusammenbringt. Sie leistet im Augenblick schon fast Übermenschliches. Dafür genießt sie im Ausland auch

eine hohe Glaubwürdigkeit und sehr großen Respekt.

Elbkurier: Die Staatsschuldenkrise scheint sich zur EU-Krise zu entwickeln. Ist die Kanzlerin auf einen europäischen Holzweg geraten? Können Volkswirtschaften mit völlig unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten auf Dauer eine gemeinsame Währung überhaupt aushalten?

Brehmer: Hier möchte ich mich den Worten unserer Kanzlerin anschließen, die in ihrer Regierungserklärung am 27. Juni sagte, dass es von der Lösung der Krise abhängt, „ob wir in Europa auch in Zukunft in Wohlstand leben können“. In Zukunft brauchen wir stabile Haushalte in Europa, um unsere Währung langfristig auf ein solides Fundament zu stellen.

Elbkurier: Frankreich hat einen linken Präsidenten gewählt und eine linke Mehrheit im Parlament. Wird das für Europa existenzielle Tandem Deutschland – Frankreich jetzt ins Schlingern geraten?

Brehmer: Wir müssen in Europa weiterhin Seite an Seite zusammenarbeiten, das gilt besonders auch für Deutschland und Frankreich. Ich glaube nicht, dass sich die neue französische Regierung mit den überschuldeten Ländern zu einer „Südschiene“ zusammenschließen wird. Frankreich könnte dabei selbst seine Reputation als guter Schuldner einbüßen. Das wird Präsident Hollande nicht tun.

Elbkurier: Wie können diese komplizierten Zusammenhänge den Menschen vermittelt werden?

Brehmer: Ich denke, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sehr wohl deutlich machen können, dass Deutschland als eines der wenigen Länder tatsächlich gestärkt aus der globalen Finanzkrise gekommen ist. Deutschland hat den höchsten Beschäftigungsstand der Geschichte. Die Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitnehmer haben wieder real mehr in der Tasche. Wenn Rot-Grün solche Erfolge zu verzeichnen hätte, würden wohl überall Jubelveranstaltungen abgehalten werden.

Elbkurier: In gut einem Jahr steht die Wiederwahl des Bundestages an. Mit welchen Themen wird die CDU in den Wahlkampf ziehen?

Brehmer: In den letzten drei Jahren haben wir gezeigt: Auf



die CDU ist Verlass. Wir sorgen für eine stabile Währung, für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Mit uns gelingt auch die Energiewende und vieles mehr. Das müssen wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung den Wählern vermitteln. Mit unseren Erfolgen muss uns vor der Wahlauseinandersetzung auch nicht bange sein.

Elbkurier: Niedrige Mindestlöhne bringen den Beschäftigten nichts, hohe Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze. Wie findet man den richtigen Mittelweg?

Brehmer: Wir haben im November 2011 auf dem Bundesparteitag in Leipzig beschlossen, eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Mindestlohn nicht existiert. Eine AG der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor kurzem unter Beteiligung des Arbeitnehmer- und Arbeitgeberflügels sowie der Bundesministerin Frau von der Leyen ein Eckpunktepapier zur Regelung einer allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze vorgelegt. Wir werden diese Gratwanderung zwischen zu hohen und zu niedrigen Lohnuntergrenzen gehen müssen, sonst werden wir die öffentliche Debatte nicht bestehen.

Elbkurier: Wie muss auf den Niedergang der Solarindustrie als Vorzeigebbranche im deutschen

Osten reagiert werden?

Brehmer: Ich begrüße, dass im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ein Kompromiss bei der Kürzung der Solarförderung im Rahmen des EEG gefunden werden konnte. Von dieser Einigung profitiert vor allem der Stromkunde, da die deutlichen Kostensenkungen im PV-Bereich nun an ihn weitergegeben werden können. Die Senkung der Einspeisevergütung trägt damit auch zur Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung bei. Strom muss für Bürger und Unternehmen auch in Zukunft bezahlbar bleiben, darauf kommt es an.

Elbkurier: Wie kann die Energiewende für die Region Magdeburg zu einer Entwicklungschance werden? Welche Rolle kann die Windkraft übernehmen?

Brehmer: Sachsen-Anhalt nimmt bei den regenerativen Energien im Vergleich mit anderen Bundesländern einen vorderen Platz ein. Das Land hat noch immer eine Spitzenstellung bei der Produktion von Solarmodulen und Magdeburg ist ein bundesweiter Schwerpunkt bei der Herstellung von Windkraftanlagen. Die Windanlagen müssen jedoch immer öfter abgeschaltet werden, weil der Strom nicht dorthin transportiert werden kann, wo er gebraucht wird. Wir brauchen deshalb dringend neue Stromtrassen in den Süden Deutschlands.

Elbkurier: Dagegen gibt es Wi-

derstände der Betroffenen. Können Stromleitungen nicht auch unterirdisch verlegt werden?

Brehmer: Ich kann mir unterirdische Kabel in besonders sensiblen Räumen durchaus vorstellen, aber wir werden nicht alles unter die Erde verlegen können. Das ist viel zu teuer. Es lohnt sich daher auch, Ideen wie die Einbindung des Stromnetzes der Deutschen Bahn in geplanten Ausbau der Netzinfrastruktur zu prüfen.

Elbkurier: Sie vertreten seit drei Jahren auch die Interessen Magdeburgs im Bundestag. Wie läuft diese Arbeit konkret ab? Werden Sie von den Bürgern auch als Vertretung wahrgenommen?

Brehmer: In meinem Betreuungswahlkreis Magdeburg bin ich ebenso für die Bürgerinnen und Bürger zu sprechen, wie auch im Harz- und Salzlandkreis. Viele Anfragen werden heutzutage per E-Mail abgewickelt, da spielt die Entfernung also keine Rolle. Über Anfragen per Post und Besuche in meiner Bürgersprechstunde freue ich mich natürlich ebenso. Mein „Brief aus Berlin“, den ich regelmäßig herausgebe, wird über die CDU-Kreisgeschäftsstelle auch in Magdeburg und Umgebung verschickt. Im Deutschen Bundestag konnte ich ebenfalls Magdeburger begrüßen, sei es auf Besuchsfahrten, als Teilnehmer bei „Jugend im Parlament“ oder beim „Know-how-Transfer“ der Wirtschaftsunioren.

Elbkurier: Wie beurteilen Sie die

Entwicklung der Landeshauptstadt mit Blick von außen? Wo muss die Stadtpolitik unbedingt ansetzen?

Brehmer: In Zukunft werden Bund, Land und Kommunen noch mehr sparen müssen und eine dementsprechende Haushaltspolitik führen, das gilt für Magdeburg ebenso wie für viele andere Kommunen in unserem Land. In den letzten Jahren hat sich unsere Landeshauptstadt sehr gut entwickelt. Besonders gern erinnere ich mich an die Tagung des Arbeitskreises „Große Städte“ der KPV in Magdeburg im November 2011 und natürlich an die bewegende Verleihung des Kaiser-Otto-Preises an unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Magdeburg.

Elbkurier: Stichwort Frauenpolitik. Die Frauen-Union hat immer wieder die geringe Zahl an Frauen in den Gremien der CDU kritisiert. Wo sehen Sie auch als stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Handlungsbedarf?

Brehmer: Der Diskussionsprozess innerhalb der Gruppe der Frauen der CDU/CSU läuft. Es gibt den Vorschlag von einer gesetzlichen Quote bis zur Flexiquote. Mit der Gesprächsreihe der CDU Sachsen-Anhalt „Frauen bewegen“ diskutieren wir dieses Thema landesweit. Das Feedback der Frauen ist spannend und interessant. Ich freue mich schon auf die Veranstaltung in Magdeburg im Herbst und viele interessierte Teilnehmerinnen!

Gemeinsam wollen wir uns für die Frauen in unserem Land einsetzen, z. B. durch Lohngerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente. Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Elbkurier: Der Nominierungsparteitag in Magdeburg hat sich mit knapper Mehrheit für Tino Soge als Bundestagskandidaten entschieden. Wie werden Sie ihn unterstützen?

Brehmer: 2009 war meine Nominierung die erste in Sachsen-Anhalt und ich habe meinen Wahlkreis direkt gewonnen. Ich hoffe, das ist heute ein gutes Omen für den Wahlkreis Magdeburg, der dieses Mal die erste Nominierung hatte. Ich werde jedenfalls Herrn Sorge nach Kräften unterstützen, gar keine Frage.

Elbkurier: Vielen Dank für dieses Gespräch.

wik

Fortsetzung von Seite 1: **CDU schickt Tino Sorge ins Rennen**



Ilona Hesse, Geschäftsführerin, Dozentin
Bernd Heynemann betonte seine parlamentarischen Erfahrungen in Bundestag und Stadtrat. Als Ziele nannte er eine engagierte Wirtschaftspolitik sowie den Einsatz für den Ausbau der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Auf Grund seiner Erfahrungen im Fußball sei auch der Sport selbstverständlich ein natürliches Arbeitsfeld. Auch den Anliegen der großen Städte wolle er sich widmen.



Bernd Heynemann, Stadtrat

Ralf Seibicke, Präsident des Landesrechnungshofes, bezeichnete die Finanzpolitik als „Schlüssel für alle Politikfelder“. Er kündigte an, sich der Ausnutzung der deutschen Finanzkraft entgegenstellen zu wollen. Lediglich „Hilfe zu Selbsthilfe“ sollten andere Länder erhalten. Es ginge nicht an, dass etwa Frankreich das Rentenalter senke, und dann möglicherweise die Rechnungen nach Berlin weiterreiche. Im Energiesektor mahnte er mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt an.

Auf Optimismus setzte Tino Sorge in seiner Bewerbungsrede. Er erinnerte an die Innovationskraft, welche die Region Magdeburg immer ausgezeichnet habe. Dieses kreative Potenzial biete



Ralf Seibicke, Präs. Landesrechnungshof
Chancen, um Herausforderungen wie die Umsetzung der Energiewende in Deutschland und die Bewältigung des demographischen Wandels selbstbewusst anzugehen. Auch betonte der 37-Jährige, auf die Wirtschaftspolitik einen Fokus zu setzen. Daneben sei ihm die Stärkung der inneren Sicherheit ein Anliegen.

Sandra Yvonne Stieger nahm als Mitarbeiterin der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität die Wissenschaft in den Blickpunkt. Die Stärkung von Lehre und Forschung sei der Treibstoff für die positive Entwicklung von Sachsen-Anhalt und Deutschland, die anders als die expandierenden Staaten Asiens und Lateinamerikas über keine natürlichen Rohstoffe verfügen. Außerdem wolle sich Stieger, die auch für den MDR tätig ist, dafür einsetzen, der Region Magdeburg auf Bundesebene noch mehr Präsenz zu geben.

Klaus-Dieter Theise warb für



Sandra Y. Stieger, Mitarbeiterin Uni

seine Vorstellungen von Familien- und Integrationspolitik in Deutschland. Das gegenwärtige Konzept des Betreuungsgeldes lehne er ab. Stattdessen sollten die dafür vorgesehenen Mittel in



Klaus-Dieter Theise, Geschäftsführer
den Ausbau von Kindergärten und Schulen investiert werden. Der Geschäftsführer einer Landesgesellschaft forderte auch, bei der Auswahl von Zuwanderern nach Deutschland strengere Kriterien aufzustellen. Seine politischen Ziele und Aktivitäten wolle er regelmäßig über die sozialen Netzwerke im Internet mit der CDU-Basis und interessierten Bürgern rückkoppeln.

Bürgernähe und Transparenz waren auch die Stichworte für die Präsentation von Sabine Wölfer. Die stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende wolle die parlamentarische Arbeit in Berlin mit einer ständigen und umfassenden Präsenz im Wahlkreis verbinden. Sie betonte, dass sie sowohl im Ortsverband als auch im Kreisverband kontinuierlich Führungsaufgaben innegehabt habe und wolle dies auch fortführen. Inhaltlich nannte sie die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft und die Förderung des Mittelstandes



Sabine Wölfer, Versicherungsmaklerin
als ihre Herzensanliegen. Der Zuwachs an Bürokratie müsse gestoppt werden.

Alle Kandidaten betonten in ihren Statements ihren Respekt vor der demokratischen Wahl und die Achtung vor ihren Mitbewerbern. Und so fand Tino Sorge dann die richtigen Worte, als er nach seiner Wahl betonte, dass es nur einer geschlossenen CDU gelingen kann, erstmals nach 1990 das Direktmandat in Magdeburg zu erringen. „Nur gemeinsam können wir es schaffen!“, so der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende.

Den Siegeswillen hob dann auch CDU-Kreischef Krull in seinen Schlussworten hervor: „Nach der Wahl ist vor der Wahl. Bei der Bundestagswahl 2013 geht es darum, dass wir gemeinsam mit Tino Sorge für eine möglichst große Mehrheit und damit für die Wiederwahl von Kanzlerin Angela Merkel kämpfen. Zusammen wollen und werden wir es packen!“

Andreas Kern



Kreisvorsitzender Tobias Krull gratuliert dem frisch gewählten Bundestagskandidaten Tino Sorge. Im Hintergrund Staatssekretär Dr. Klaus Klang.

Schnellhardt: Wie brauchen mehr Europa und mehr Demokratie



Dr. Horst Schnellhardt, MdB.

Die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise stellt die Union vor große Herausforderungen. Sie wurde durch mehrere Faktoren ausgelöst. Aufgrund des Vertrages von Maastricht behielten die Regierungen die Zuständigkeit für ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik. Das Ergebnis ist erschütternd. Es wurde gelogen und betrogen. Kein Mitgliedstaat hat das Versprechen der Haushaltsdisziplin eingehalten. Notwendige Reformen wurden verzögert oder gar nicht durchgeführt. Dadurch haben die nationalen Regierungen ihre Partner in der EU getäuscht und ihrem eigenen Volk geschadet. Dieses Verhalten hat zusätzlich eine Vertrauenskrise ausgelöst. Sie beruht auf der Tatsache, dass viele Regierungen stärker national denken und ihre nationalen Interessen auf Europa übertragen möchten. Begünstigt wurde die Krise durch eine unzureichende Regulierung des Finanzsektors.

Was wurde bisher getan: Die Erfahrungen der letzten Monate hatten gezeigt, dass die bisherigen Regeln, die eine drastische und immer weiter fortschreitende Neuverschuldung der europäischen Staaten verhindern sollten, zu schwach sind und zu leicht umgangen werden konnten. Deswegen haben sich 25 der 27 europäischen Staats- und Regierungschefs auf einen zusätzlichen Vertrag, den Fiskalvertrag, geeinigt, der alle EU-Länder stärker in die Pflicht nehmen soll.

Kernelemente dieses neuen Vertrages sollen die Vermeidung einer exzessiven Staatsverschuldung sowie eine intensivere Absprache der Regierungen bei der Ausgestaltung tiefgreifender Wirtschaftsreformen in regelmä-

ßigen Treffen eines „Euro-Gipfels“ sein. Außerdem soll es künftig automatische Sanktionsmechanismen geben, wenn sich die Mitgliedstaaten nicht an die getroffenen Vereinbarungen halten. Selbst eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wird möglich, sollte sich ein Mitgliedstaat überhaupt nicht einsichtig zeigen.

Auf eine solche Verschärfung bereits bestehender Regeln und auf die Rückbesinnung auf die eigentlichen Grundprinzipien unserer Wirtschafts- und Währungsunion hatte das Europaparlament bereits im September 2011 bei den Verhandlungen über das sogenannte „Six Pack“ gedrängt. Das „Six Pack“ umfasste sechs Gesetze, die zur Überwindung der

„Es wurde gelogen und betrogen.“

aktuellen Krise und zur Vermeidung gleichgelagerter Krisen in der Zukunft beitragen sollen. Den Europaabgeordneten war es wichtig, dass dem schon seit Einführung des Euros existierenden Stabilitäts- und Wachstumspakt mehr Schlagkraft verliehen wird. Ebenso beharrten sie darauf, dass Verstöße frühzeitig erkannt und geahndet werden, ohne Opfer politischer Einflussnahme werden zu können. Die Mitgliedstaaten müssen sich glaubhaft um ihre Schuldenprobleme kümmern und dürfen Empfehlungen zum Abbau des Defizits nicht mehr nach Belieben abtun.

Alle Mitgliedstaaten, die den neuen Vertrag unterzeichnen werden, bekräftigen mit ihrer Zustimmung noch einmal den Willen, sich durch ehrgeizige Reformen und eine solide Haushaltsführung aktiv an der Bewältigung der Schuldenkrise zu beteiligen. Auf die Einhaltung dieser Vorsätze wird das Europaparlament gewiss achten.

Was noch zu tun ist: Die Entscheidungen zum Fiskalpakt sind richtig und notwendig. Aber was garantiert uns, dass der Pakt nicht wirkungslos bleibt wie all die bisherigen langen Listen von Versprechen? Wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Das Europäische Parlament muss ein stärkeres Kontrollrecht erhalten und stärker am Krisenmanagement beteiligt werden. Nur so verschwindet der Eindruck, dass die Regierungschefs hinter verschlossenen Türen Kuhhandel betreiben. Genau wie das

Europäische Parlament müssen auch die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof politisch und rechtlich gestärkt werden. Die Krise hat gezeigt, dass mehr Rechte, insbesondere in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf die europäische Ebene übertragen werden müssen.

Fiskalpolitische Maßnahmen reichen aber nicht aus. Ergänzend sind nationale Strukturreformen sowie wachstums- und wettbewerbsfördernde Maßnahmen erforderlich. Die europäische Politik muss verstärkt das Augenmerk auf die Industrie und den Mittelstand richten. Dazu gehört, neue Gesetzesvorschläge nicht nur auf Umwelt- und Naturverträglichkeit, sondern auch auf ihre Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa zu prüfen.

Viele Herausforderungen wie zum Beispiel die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern Europas verlangt verkrustete Arbeitsmarktstrukturen aufzubrechen. Eine Öffnung der Arbeitsmärkte für Fachkräfte aus allen Ländern Europas muss Realität werden. Bevor der demografische Wandel uns brutal dazu zwingt, müssen die notwendigen europäischen Instrumente zielgerichtet aufeinander abgestimmt werden. Die erfolgreiche duale Ausbildung in ganz Europa zu etablieren, wird die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union verbessern.

Alle Gemeinschaftsinstitutionen müssen sich auf die Umsetzung und Einhaltung des Rechts stärker als bisher konzentrieren, anstatt ständig neue Regeln zu produzieren. Die Untersetzung des oft schon inflationär be-

„Die Mitgliedstaaten müssen sich glaubhaft um ihre Schuldenprobleme kümmern“

nutzten Begriffs der „Vertiefung der Europäischen Integration“ verlangt ein klares Konzept und klare Regeln. Wir brauchen mehr Europa. Deshalb ist eine Änderung der vertraglichen Regeln der EU erforderlich. Die zur Krisenbewältigung ergriffenen Maßnahmen sind gemäß der „Gemeinschaftsmethode“ durch Einbeziehung der beiden Gesetzgeber Rat und Europaparlament in die EU-Verträge zu integrieren. Angesichts der aktuellen Rechtsprechung

des Bundesverfassungsgerichts muss diesbezüglich eine Änderung des Grundgesetzes sorgfältig geprüft werden, damit notwendige Integrationschritte nicht durch das Gericht ausgebremst werden müssen.

Vertiefung heißt aber auch, dass die Erweiterung in diesem

„Ich bin sehr optimistisch, dass die EU gestärkt aus der Krise hervorgeht“

Tempo nicht fortgesetzt werden kann. Die Diskussion über die Grenzen der Europäischen Union ist notwendig zum Erhalt der friedensfördernden und wohlförderungsfördernden Konstruktion der Europäischen Union. Eine sachliche öffentliche Diskussion wird auch dazu führen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger sich für dieses „Europa“ begeistern.

Trotz der Immensität der vor uns liegenden Aufgaben bin ich sehr optimistisch, dass die Europäische Union gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Worauf beruht dieser Optimismus? Der Europäischen Union ist es bisher immer gelungen, Krisen zu bewältigen. Denken wir an den Fall der Mauer 1989: Wie schnell reagierten die Institutionen der EU auf die neuen Herausforderungen und ermöglichten auch in Sachsen-Anhalt Entwicklungen, deren positive Auswirkungen allorts zu spüren sind. Auch in den jetzigen Krisenszenarien - Finanzkrise, Schuldenkrise und institutionelle Krise - wird zielstrebig an einer Lösung gearbeitet. Besonders weit fortgeschritten sind die oben aufgeführten Maßnahmen der fiskalpolitischen Union wie der Fiskalpakt, der aus dem Sixpack des Europäischen Parlaments hervorging. Obwohl die Bankenkrise sich abgeschwächt hat, ist der Ansatz zur Bildung einer europäischen Bankenunion ein wichtiger Schritt zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zukunft. Die wirtschaftliche Integration ist in Vorbereitung durch Übertragung von mehr Rechten auf die europäischen Institutionen. Dieses schließt eine stärkere politische Integration ein. Es ist also keinesfalls so, dass wir im Trüben fischen. Es gibt klare Ansätze für eine Bewältigung der Krise, die jeden optimistisch stimmen können.

Dr. Horst Schnellhardt

Termine

18.07.2012, 18.30 Uhr
Fachausschusssitzung
Stadtentwicklung
WOBAU, W.-Höpfner-Ring 1

20.07.2012, 18.00 Uhr
Sommerfest Landesverband
Kurpark Bernburg

06.08.2012, 18.00 Uhr
Frauen Union

September

10.09.2012, 18.00 Uhr
Frauen Union

11.09.2012, 10.00 Uhr
Senioren-Union
besucht das Landesfunkhaus

11.09.2012, 18.30 Uhr
OV Olvenstedt
Gaststätte „Zur Hühnerleiter“
Klusweg 5b

12.09.2012, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAS-Kiste“
Baumschulenweg 48

Oktober

01.10.2012, 18.00 Uhr
Frauen Union

03.10.2012
Infostand zum Rathausfest

09.10.2012, 18.30 Uhr
OV Am Neustädter Feld und
OV Olvenstedt
Gaststätte „TexAS-Kiste“
Baumschulenweg 48

13.10.2012, 19.00 Uhr
CDU-Ball des Kreisverbandes
Magdeburg
MARITIM-Hotel Magdeburg
Otto-von-Guericke-Straße 87

November

05.11.2012, 18.00 Uhr
Frauen Union

14.11.2012, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte „TexAS-Kiste“
Baumschulenweg 48

17.11.2012, 10.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Neuwahl Kreisvorstand

Dezember

vom 3.-5.12.2012
Bundesparteitag, Hannover

03.12.2012, 18.00 Uhr
Frauen Union

Impressum auf Seite 7

Solidarität ist keine Einbahnstraße



Offene Debatte bei der Kreisvorsitzendenkonferenz am 2. Juni im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin mit Kanzlerin Merkel. Foto: CDU

„Wir können nicht zaubern, aber wir können arbeiten“, so lautet nicht nur der Titel eines CDU-Wahlplakats aus den Gründerjahren der Bundesrepublik, sondern auch eine der Kernaussagen der CDU-Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz. Zu dieser waren rund 150 Kreisvorsitzende aus ganz Deutschland am 2. Juni ins Konrad-Adenauer-Haus nach Berlin gekommen.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sprach in seiner kurzen Begrüßung neben den Wahlerfolgen in letzter Vergangenheit, wie im Saarland, auch über schmerzhaft Niederlagen wie in Nordrhein-Westfalen.

In ihrer gut einstündigen Rede vor dem Plenum ging die Bundesvorsitzende auf fast alle aktuellen politischen Themen ein. Sie sprach sich in Fragen der Euro(Schulden)-Krise erneut deutlich gegen die Einführung von sogenannten Eurobonds aus. Ohne eine solide Haushaltspolitik ist eine nachhal-

tige Wachstumspolitik unmöglich, so Angela Merkel. Mit dieser Aussage erteilte sie allen geforderten Wachstumsprogrammen auf Pump eine klare Absage. Sie sprach auch davon, dass die Solidarität in der Euro-Zone keine Einbahnstraße sei, sondern auch die Länder, die Hilfe brauchen, ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden Verträgen erfüllen müssen.

Die Kanzlerin erinnerte bei der Debatte zur Einführung des Betreuungsgeldes daran, dass dieses im Koalitionsvertrag vereinbart wurde und dass solche Verträge nur im Einvernehmen und Einverständnis mit allen Vertragspartnern zu ändern sind.

Ein weiteres großes Thema war die Umsetzung der sogenannten Energiewende. Dabei sollen drei Grundsätze zur Anwendung kommen, eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung für die Bürger und die Wirtschaft in Deutschland.

Gerade dieses Thema wurde in der anschließenden Diskussion

mit den Kreisvorsitzenden intensiv debattiert. Dazu gehörten zum Beispiel Fragen zur Umsetzung des notwendigen Ausbaus der Netzinfrastruktur bis hin zur Schaffung der benötigten Speichermöglichkeiten einschließlich der erforderlichen Forschungsvorhaben.

Vor allem viele Kreisvorsitzende aus NRW sprachen das schlechte Abschneiden der CDU bei den letzten Landtagswahlen in ihrem Bundesland an. Neben landesspezifischen Problemen sahen sie auch einige bundespolitische Diskussionen als mitverantwortlich für dieses Resultat an. In ihrer Antwort machte die Bundesvorsitzende klar, dass gerade in Anbetracht der im nächsten Jahr anstehenden Bundestagswahl die CDU dem bevölkerungsreichsten Bundesland in der kommenden Zeit besondere Aufmerksamkeit widmen werde.

In meinem eigenen Redebeitrag dankte ich der Bundeskanzlerin in Anbetracht ihres immensen Aufgabenprogramms für ihre Arbeit. Gleichzeitig bat ich um die Beachtung des Grundsatzes „Mehr miteinander reden als übereinander“ in der Berliner Koalition. Gerade in dieser Frage gab es ja in letzter Zeit nicht nur Positives zu vermelden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung sprach Generalsekretär Gröhe davon, dass sich die gesamte Partei auf allen Ebenen verstärkt dem Thema der Mitgliederengewinnung und -betreuung widmen müsse. Außerdem gab er einen ersten Ausblick auf den im Dezember anstehenden Bundesparteitag der CDU und der dort anstehenden Wahlen zum CDU-Bundesvorstand.

Tobias Krull

Innenminister Stahlknecht zu Gast in Olvenstedt

Vor kurzem besuchte Innenminister Holger Stahlknecht die Freiwillige Feuerwehr Olvenstedt. Bevor er sich von der Wehrleiterin Anette Siedentopf die erfolgreiche Arbeit vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit vorstellen ließ, gab es eine Diskussionsrunde. So hatten die anwesenden Mitglieder der CDU-Ortsverbände Olvenstedt und Am Neustädter Feld sowie weitere Gäste die Möglichkeit ihre Fragen an den Minister loszuwerden.

In der Diskussion ging es unter anderem um die zunehmenden Gewalttaten gegenüber Polizisten, die steigende Cyber-

kriminallität und um die Unterschiede zwischen objektivem und

subjektivem Sicherheitsgefühl.

Text und Foto: Jana Lesniak



Thomas Webel würdigt Entwicklung in Magdeburg-Rothensee

Mehr als 600 Arbeitsplätze wurden inzwischen im Industrie- und Gewerbepark Mittelbe in Magdeburg-Rothensee geschaffen. Eine Leistung, die nicht nur der Landesentwicklungsminister Thomas Webel beim Tag der offenen Tür dieses Unternehmens am 27. Juni lobte.

Gleichzeitig wurde an diesem Tag auch der erste Abschnitt des „Tank- und Rasthofes Ottostadt Magdeburg“ eröffnet.

Die Besucher hatten auch die Chance ein kleines Stück der Energiewende vor Ort zu besichtigen. Ein neues Biomassepelletierwerk, welches im Endausbau 50.000 Tonnen Pellets für gewerbliche wie private Kunden produzieren wird. Die Energieversorgung übernimmt

übrigens ein modernes Biomasseheizkraftwerk der Firma

GETEC, welches auch umliegenden Firmen wie ENERCON mit

Wärme mitversorgen wird.

Text und Foto: Tobias Krull



RCDS mit Wahlerfolg und neuer alter Spitze

Bei den Wahlen zum Studierendenrat konnte der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der Otto-von-Guericke Universität sein Ergebnis deutlich verbessern. So konnte nun ein zweiter Sitz in diesem Gremium erobert werden.

Gleichzeitig verpasste die Offene Linke Liste (OLLi), hinter der sich die Studentengruppe der Jugendorganisation von „Die Linke“ verbirgt, den Einzug in dieses Selbstverwaltungsorgan der Studentenschaft. Die Liberale Hochschulgruppe verzichtete gar gleich ganz auf die Auf-

stellung einer entsprechenden Kandidatenliste.

Die RCDS-Vertreter in den verschiedenen Gremien werden in ihrer Arbeit dem Leitmotiv des Magdeburger RCDS „RCDS – Mittelpunkt Student“ treu bleiben und nach konstruktiven Lösungen suchen.

Am 18. Juni wurde darüber hinaus auch regulär ein neuer Vorstand gewählt. In seinem Amt als Gruppenvorsitzender bestätigt wurde der 25jährige Masterstudent Stefan Feldt. Zur neuen stellv. Gruppenvorsitzenden wurde die 22jährige Julia

Cyrus gewählt. Das Amt des Schatzmeisters verbleibt in den guten Händen von Max Friese. Mit den beiden Beisitzern Robert Weber und Johannes Voß wird der Vorstand vervollständigt.

In den Grußworten des stellv. RCDS-Bundesvorsitzenden Andreas Heddergott, des JU-Kreisvorstandsmitgliedes Jana Lesniak und des CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull wurde die gute Zusammenarbeit und das große Engagement der Magdeburger RCDS-Mitglieder gelobt. *Redaktion*

Mitreden und Mitgestalten am neuen Programm für Magdeburg

Mit der gemeinsamen Klausurtagung von Funktions- und Mandatsträgern Mitte März, wurde der Startschuss zur Überarbeitung unseres Kommunalwahlprogramms gegeben.

Nun sind Sie, die Mitglieder und Freunde der CDU Magdeburg, gefragt. Was hat in dem alten Programm noch Bestand, wo gibt es Änderungsbedarf bzw. wo fehlen wichtige Punkte? Diese und andere Fragen sollen bis zum Herbst dieses Jahres in den Ortsverbänden, in den Kreisfachausschüssen und in den Vereinigungen aktiv diskutiert werden. Dabei sind die Ideen, Vorschläge und das Wissen jedes einzelnen Mitglieds gefragt. Also seien Sie herzlich eingeladen, werden Sie aktiv und schreiben Sie mit am Programm der CDU für die Zukunft unserer Stadt. *Tobias Krull
Kreisvorsitzender*



Die Mitglieder des RCDS an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und Gäste beim gemeinsamen Gruppenphoto nach Ende der Veranstaltung.

Foto: Jana Lesniak

Impressum -----

Herausgeber: CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg
Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de
Redaktion: Wilfried Köhler
(V.i.S.d.P.), Tobias Krull, Andreas Kern

Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign

Druck: agentur frische ideen

Auflage: 1.500 Exemplare

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Magdeburger Historie im Dommuseum sichtbar machen

Ende Mai besuchten die Mitglieder des Ortsverbandes Mitte unter ihrem Vorsitzenden Dr. Michael Lehmann die Magdeburger Außenstelle des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie.

Gemeinsam informierten Claudia Hartung und Rainer Kuhn die Anwesenden über den aktuellen Stand bei den Forschungsprojekten „Archäologische Grabungen am Magdeburger Domplatz 2001-2003“ sowie „Archäologische Grabungen im Dom zu Magdeburg 2006-2010“.

Neben der Besichtigung von historischen Funden gab es vor

allem interessante Einblicke in die Arbeit derjenigen, die sich der Bewahrung des historischen Erbes unserer Stadt verschrieben haben. Die Anwesenden, darunter der CDU-Landesabgeordnete Jürgen Scharf und der stellv. CDU/BfM-Ratsfraktionsvors. Reinhard Stern, waren sich darin einig, dass Magdeburg unbedingt ein Dommuseum braucht. Nur so ist sichergestellt, dass die zahlreichen Funde in angemessener Form öffentlich präsentiert werden und zwar da, wo sie hingehören, in Magdeburg.

Text und Foto: Tobias Krull



Abgeordnete im Gespräch mit Bahnchef und Beigeordnetem

Die Magdeburger Abgeordneten und die CDU Kreisgeschäftsführerin besuchten im April den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land Sachsen-Anhalt. Im Gespräch mit Jobst Paul wurden Themen wie der Tunnelausbau, der Kaiser-Otto Zug und die Erneuerung der Gleise in Sachsen-Anhalt besprochen. Klar wurde, dass die Bahn eine Vielfalt von Anforderungen und Auflagen zu bewältigen hat.

Während sich die Gleisanlagenstruktur in Sachsen-Anhalt mit dem Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Personenverkehr und der Entlastung des Güterverkehrs Richtung Stendal-Uelzen durch den zweiseitigen Gleisbau stetig weiterentwickelt, bemängelte der Abgeordnete Dieter Steinecke, dass Haltepunkte wie Dodendorf und Blumenberg völlig außer Acht gelassen werden. In Biederitz kämpfen die Bewohner mit Gutachten für den Lärmschutz. Jobst Paul sieht für die Zukunft die Lösung des Problems nicht im Bau von Lärmschutzwänden, sondern im passiven

Lärmschutz, wie lärmschonende Waggonparks durch Umrüstaktionen mit leisen Rädern und Bremsen.

Ausgiebig diskutiert wurde die dringende Realisierung des Tunnelbaus am Damaschkeplatz. Der Bahnchef befürchtet, dass fehlende Erklärungen seitens der Stadt Magdeburg und dem Verkehrsministerium den Baubeginn folgenscherwern könnten.

Für die Landtagsabgeordneten war das Grund genug den nächsten Besuchstermin mit dem Beigeordneten des Dezernats für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Dr. Dieter Scheidemann, zu vereinbaren.

Am 18. Juni trafen die Landtagsabgeordneten mit dem Baubeigeordneten, Dr. Dieter Scheidemann, der zusammen mit seiner Referentin Viola Köhler Rede und Antwort stand.

Die Kreuzungsvereinbarung wurde inzwischen unterschrieben. Jobst Paul von der Deutschen Bahn hatte sehnsüchtig darauf gewartet. Zurzeit liegen zum Tunnelbau drei Klagen vor. Die Entscheidung

hierfür wird das Oberverwaltungsgericht fällen. Mit weiteren Klagen rechnet Dr. Scheidemann nicht und wartet nun das Urteil ab.

Der Verkehrsminister Thomas Webel gab dem Dezernat die Zusage, dass das Land 15 Mio. Euro Zuschuss für das Bauvorhaben in den Nachtragshaushalt einstellt. So wie diese Finanzierung gesichert ist, kann der Förderantrag gestellt werden. Dr. Scheidemann rechnet damit im September 2012. Inzwischen hat das Kabinett in den Entwurf des Nachtragshaushaltes 2012/13 diese 15 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

Als weiteres Thema sprach Jürgen Scharf MdL die Erneuerung des Strombrücken-zuges im ostelbischen Raum an. In Kürze wird über den Stadtrat ein Antrag zur Erweiterung des FFH-Gebietes im südlichen Teil eingebracht. Damit soll das Genehmigungsverfahren für den Brückenbau an der Zollebe erleichtert werden.

Auf Anfrage bestätigt der Beigeordnete, dass das Furtlakensystem planmäßig und termingerecht

ausgebaut wird.

Weitere Projekte, wie die Straßenbahnanbindung in der Albert-Vater-Straße zum Neustädter Feld entlang der Tangente wurden besprochen. Viele Kleingärten werden betroffen sein, was die Planung erschwert, aber kein unlösbares Problem darstellt.

Wigbert Schwenke MdL sprach die Überführung des Magdeburger Rings nach Osterweddingen an. Fahrradfahrer begeben sich auf der schmalen Brücke in große Gefahr. Dr. Scheidemann wird das Bürgeranliegen in die mittelfristige Planung aufnehmen.

Der Baubeigeordnete spricht sich für eine vernünftige Umsetzung des Lärmschutzes in Großstädten aus. Die strengen Auflagen des Umweltschutzgesetzes zwingen die Stadt günstig gelegene Splitterflächen auf den B-Plänen als Mischgebiete und nicht als Wohngebiete auszuweisen. Jürgen Scharf wird sich als Mitglied der AG Umwelt im Landtag über die Rechtsgrundlagen erkundigen.

Doris Memmler



Im Bild von links: Dieter Steinecke, Jürgen Scharf, Doris Memmler, Bahnchef Jobst Paul und Wigbert Schwenke.

Fotos: Manuel Rupsch



Im Bild von links: Dr. Dieter Scheidemann und Mitarbeiterin Viola Köhler, Jürgen Scharf und Wigbert Schwenke im angeregten Gespräch.

Kritikpunkte der KPV am geplanten kommunalen Finanzausgleich

Am 18. Juni führte die Kommunalpolitische Vereinigung Sachsen-Anhalt (KPV) eine Klausurtagung zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes durch. Neben kommunalen Mandats- und Funktionsträgern nahmen Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion sowie Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an der Beratung teil.

Nach einer umfänglichen Einführung in die Thematik durch den finanzpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Kay Barthel MdL begann die mehrstündige Debatte. Einer der am stärksten diskutierten Punkte war die Frage der Heranziehung von fiktiven Hebesätzen für die Grund- und die Gewerbesteuer. Hier wurde insbesondere Kritik an der Einbeziehung des Landes Niedersachsen und des Freistaates Sachsen bzw. deren Kommunen bei der Ermittlung entsprechender Durchschnittswerte geäußert. Diese führten nämlich dazu, dass die Hebesätze bei den Kommunen in Sachsen-Anhalt, mit Ausnahme der kreisfreien Städte, relativ niedrig erscheinen. Dies ist aber im Vergleich etwa zum Freistaat Thüringen gar nicht der Fall.

Unsicherheit besteht auch in

der Gesamtwirkung der beabsichtigten Einführung eines Faktors für unter 6jährige Bewohner im Kontext eines geplanten Demografiefaktors bei der Berechnung des kommunalen Finanzbedarfs bzw. der Zuweisungshöhe.

Es ließen sich in der Diskussion auch nicht die Zweifel beseitigen, dass hier nicht wie geplant ein aufgabenangemessener Finanzausgleich realisiert werden soll. Vielmehr entstand der Eindruck, dass die nach Ansicht des SPD-geführten Finanzministeriums zur Verfügung stehende Finanzmasse auf Grundlage verschiedener Berechnungen und Faktoren auf die Gemeinden im Land verteilt wird, ohne die tatsächlichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Das aber sehen die Landesverfassung und der Koalitionsvertrag vor.

Äußerst kritisch wurde die Tatsache von den Anwesenden bewertet, dass bisher keine Modellrechnungen für die geplanten Veränderungen des Finanzausgleichsgesetzes vorliegen. Es gab aber auch Positives zu vermelden. So die Verstetigung der kommunalen Investitionszuschüsse in der Höhe von 125 Mio. €. Dies war



Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Kay Barthel, Landesvorsitzende der KPV Dieter Klein und Diskussionsleiterin Carmen Niebergall bei der KPV-Klausurtagung zum Thema Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt (v.l.n.r.).

eine der Forderungen, die bei der Vorgängerveranstaltung formuliert worden waren.

Außerhalb der Beratungen zu diesem Gesetz wird zum wiederholten Male die Neubewertung der Grundstücke eingefordert, um eine gerechtere Grundsteueranlagung zu erreichen, was außerdem den Gemeinden deutliche Mehreinnahmen bescheren würde.

Eine Flexibilisierung gesetzlicher Standards könnte vielen Gemeinden finanzielle Entlastungen bringen, weshalb sich die KPV diesem Thema besonders

annehmen will.

Der ambitionierte Zeitplan der Landesregierung sieht vor, im September den entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, so dass bereits für das Jahr 2013 die neuen gesetzlichen Regelungen in Kraft treten können. Wir werden uns als KPV Sachsen-Anhalt weiter aktiv in diesen Prozess einbringen mit dem Ziel, das Beste für unsere Kommunen und ihre Bürger zu erreichen, so der KPV-Landesvorsitzende Dieter Klein. *Text und Foto: Tobias Krull*

An advertisement for Maler Zahn GmbH. The top left features a stylized sun with yellow rays on a blue background. A brown paintbrush is shown painting the sun. The text 'Genießen Sie! den Sommer!' is written in a cursive font. Below it, 'Gedämmte Häuser helfen Ihnen dabei.' is written in a smaller font. At the bottom left, 'Ihr Partner für Schönheit und Schutz' is written in bold, with the address '39245 Gommern | Brauhausstr. 24 | www.maler-zahn.de' below it. On the right, the company logo 'Maler Zahn GmbH' is displayed with a stylized paintbrush icon, and the phone number '039200 40000' is shown below it. At the bottom right, there is a small photo of a woman painting a child's face, and a logo for 'MALER UND LACKIERER FÜR SCHÖNHEIT UND SCHUTZ' with three colored shapes (blue, yellow, red).

Jürgen Scharf: „Wir brauchen kein neues Schulgesetz!“

Eigentlich brauchen wir kein neues Schulgesetz, heißt meine vorweggenommene Zusammenfassung. Das Ergebnis der Wahlen zum Landtag ließ für die CDU nur zwei Alternativen zu: Eine Koalition mit der SPD oder die Opposition. Die Verhandlungsführer der CDU meinten, die Gefahr, dass die SPD eine Koalition mit DER LINKEN bilden könnte, sei so groß, dass man beträchtliche Zugeständnisse machen müsse. So ist ihre Darstellung der Entstehungsgeschichte der Koalitionsvereinbarung dieser Wahlperiode. Ich selber bin der Auffassung, dass mit dem für die SPD schlechten Wahlergebnis die oben dargestellte Gefahr mit dem Wahlsonntag gebannt war.

Der geltende Koalitionsvertrag sieht die Einführung der sogenannten Gemeinschaftsschule vor: „Sie sind sich darin einig, die Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis durch gesetzliche Festschreibung als gleichberechtigte Schulform und vollwertiges Angebot in der Schullandschaft Sachsen-Anhalts zu ermöglichen. Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule muss vor Ort getroffen werden. Schulträger und Gesamtkonferenz müssen jeweils zustimmen. Bestehende Regelungen zum Elternwunsch bleiben erhalten. Gemeinschaftsschulen entstehen durch Umwandlung bereits bestehender Schulen und führen grundsätzlich die Klassen-

stufen 5 bis 12, unter Berücksichtigung der Kultusministerkonferenz-Vorgaben (KMK) zur Erlangung des Abiturs. Dort kann grundsätzlich jeder allgemeinbildende Abschluss erworben werden. Auf eine äußere Fachleistungsdifferenzierung wird bei Einhaltung der Voraussetzungen für eine bundesweite Anerkennung der Abschlüsse weitgehend verzichtet.“

Die Landesregierung hat auf der Junisitzung des Landtages eine Novelle des Schulgesetzes eingebracht. Ziel ist es, das Gesetz im Herbst zu verabschieden und die neue Schulform mit Beginn des Schuljahres 2013/14 einzuführen.

Es ist verwunderlich, eine neue Schulform ohne vorgeschaltete Schulversuche einzuführen. Bisher konnte auch nicht stichhaltig erläutert werden, was diese Schulform grundlegend von der existierenden Schulform der Gesamtschule unterscheidet. Diese Schule wird bei zurückgehenden Schülerzahlen die Schullandschaft weiter zersplittern und Schulplanungen schwieriger machen. Es sei denn, die Gemeinschaftsschule soll schrittweise zur vorherrschenden Schulform in Sachsen-Anhalt werden. Das Kultusministerium will für diese Absicht organisatorische Vorsorgetreffen, denn die Gemeinschaftsschule kann den Status einer „ersetzenden Schule“ bekommen. Das heißt, sie wird (hauptsächlich)

Sekundarschulen vollständig ersetzen. Die mitgelieferte Beruhigung soll die Einführung „auf freiwilliger Basis“ sein. Ein nicht von der CDU geführtes Kultusministerium wird hier zahlreiche untergesetzliche Steuerungsmöglichkeiten entwickeln. Ein in Vorgesprächen zwischen CDU und SPD erzieltes Verhandlungsergebnis, entsprechende Verordnungen nur mit Zustimmung des für das Schulwesen zuständigen Landtagsausschusses zu erlassen, mutierte im Gesetzentwurf zur „Herstellung des Benehmens“, d.h. die Landtagsabgeordneten können einmal darüber sprechen, entscheiden wird aber der Kultusminister allein.

Eine weitere Überraschung enthält der Gesetzentwurf für die anerkannten freien Träger von Schulen. Die bisherige Möglichkeit der, wenn auch abgesenkten, vorzeitigen Finanzhilfe soll ersatzlos gestrichen werden. Es wird also für die ersten drei Jahre nach der Eröffnung der Schule keinerlei finanzielle Unterstützung seitens des Landes geben. Ferner werden gewisse Berechnungsgrundlagen verschlechtert und einige Genehmigungen komplizierter. Man will es diesen Schulen finanziell und rechtlich schwerer machen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu immer noch: „Die Koalition betrachtet die Schulen in freier Trägerschaft als eine wichtige Er-



gänzung des öffentlichen Schulsystems. Die Koalitionspartner sichern den Schulen in freier Trägerschaft verlässliche Rahmenbedingungen und Finanzierung zu.“ Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass man es Eltern schwerer machen will, freie Schulen zu gründen und insbesondere auf die Gründung von Gemeinschaftsschulen mit der Gründung von freien Schulen zu reagieren. CDU-Politik kann das nicht sein.

Der Landtag und insbesondere die CDU werden in diesem Jahr noch viel zu verhandeln haben, bis ein verantwortbares Schulgesetz verabschiedet werden kann. Aber, wie eingangs festgestellt, eigentlich brauchen wir bis auf ein paar Anpassungen kein neues Schulgesetz. *Jürgen Scharf, Mdl*

Novellierung der Gefahrenabwehrverordnung

Nach mehreren Beratungsrunden hat der Stadtrat der Landeshauptstadt in seiner Sitzung Ende Mai mit nur einer Gegenstimme aus der Jugendpartei future! und sechs Enthaltungen, vorwiegend von Linken und Grünen, eine überarbeitete Gefahrenabwehrverordnung beschlossen. Diese tritt Ende Juni in Kraft.

Der Verabschiedung waren kontroverse Debatten vorausgegangen. So hatte der Stadtrat die ursprünglich für Anfang Mai geplante Verabschiedung zunächst vertagt. Streitpunkte waren insbesondere Regelungen, ob zum Beispiel Hunde auf Gehwegen generell an der kurzen Leine geführt werden müssen. Für Gesprächsbedarf sorgten ebenfalls Regelungen, die das Füttern von Tieren (Tauben, Katzen) und das bei Familienausflügen beliebte Entenfüttern generell verbieten sollten.

Anlass der Novellierung der

Gefahrenabwehrverordnung war u.a., dass sich Bürgerbeschwerden zu öffentlichen Trinkgelagen, Pöbeleien, Ruhestörungen und Hundekotverschmutzungen in der Stadt Magdeburg gehäuft hatten. Dabei wurde zunehmend eine Bagatellisierung derartiger Delikte und ein lascher Umgang bei der Ahndung – teilweise mangels ausreichender Befugnisse der Ordnungsbehörden – kritisiert.

Mit der jetzigen Fassung wurden relative Verbotstatbestände eingefügt. So ist ein Verbot des Alkoholgenußes in öffentlichen Straßen und Grünanlagen nicht pauschal vorgesehen, sondern erst, sofern dadurch Dritte beeinträchtigt werden. Aufgrund des verstärkt zu beobachtenden Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit einhergehend mit Pöbeleien war eine Verschärfung der diesbezüglichen Regelungen angezeigt. Für Magdeburg als weltoffene

Universitäts- und Landeshauptstadt ist es allerdings zu begrüßen, dass keine pauschalen Verbote ausgesprochen wurden. So wird auch in Zukunft bei öffentlichen Veranstaltungen und rund um die beliebte Partymeile Hasselbachplatz der Konsum alkoholischer Getränke möglich sein, sofern dadurch niemand belästigt wird.

Gegen die vor dem Hauptbahnhof zu beobachtenden ausufernden Trinkgelage eröffnet die Verordnung aber die Möglichkeit eines strikten Verbots. Besuchern, die in Magdeburg ankommen, könnte so zukünftig ein „Empfang“ durch pöbelnde Alkoholisierete erspart bleiben.

Weitere Schwerpunkte sind ein Badeverbot in natürlichen Gewässern sowie ein Verbot des Betretens von Eisflächen. Die Hundeleinendiskussion wurde insofern „entschärft“, als nunmehr Hundehalter zur Mitführung von

Kottüten verpflichtet sind (diese gegenüber dem Stadtordnungsdienst auch vorzeigen können müssen) und ihre Vierbeiner im Begegnungsfall mit Passanten an die kurze Leine nehmen müssen. Tierfütterung im öffentlichen Raum ist nur noch an zugelassenen Fütterungsstellen erlaubt.

Zuwiderhandlungen gegen die neuen Regelungen können mit Verwarngeldern zwischen 10 und 35 Euro geahndet werden. Im Wiederholungsfall drohen nun schnell auch Bußgelder.

Der Erfolg der Regelungen bleibt abzuwarten. Mit der Neuordnung der Gefahrenabwehrverordnung werden zwar auch in Zukunft nie alle derartigen Exzesse zu verhindern sein. Die Stadt und der Stadtordnungsdienst sind gefordert, die neuen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen und Verstöße konsequent zu ahnden.

Tino Sorge, stellv. Kreisvors.

CDU Olvenstedt im Einsatz für seinen Patenschaftsspielplatz

Der CDU Ortsverband Olvenstedt führte anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni auf seinem Patenschaftsspielplatz „Sternbogen“, Bruno-Beye-Ring ein Kinderfest durch. Doch im Vorfeld musste der OV Olvenstedt den Pavillon auf dem Spielplatz neu gestalten.

Am 26. Mai trafen sich die Mitglieder des Ortsverbandes auf dem Spielplatz und versahen den Pavillon mit einem neuen Anstrich. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen, nun stand dem Kinderfest nichts mehr im Wege und es konnte am 1. Juni gefeiert werden.

Das Kinderfest war so erfolgreich, dass eine Fortsetzung geplant ist.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen Sponsoren

bedanken, die für ein Gelingen des Kinderfestes beigetragen haben. Viele Kinder mit ihren Eltern besuchten das Kinderfest. Der Andrang war so groß, dass die Vorräte haben nicht gereicht. Aber schnell wurde Nachschub besorgt. Ich konnte auch viele Gäste begrüßen, die ebenfalls unser Kinderfest unterstützen haben. So schaute der Landtagsabgeordnete Wigbert Schwenke vorbei sowie der Kreisvorsitzende Tobias Krull und nicht zu vergessen die Frauenpower mit Jana Lesniak, Franziska Rothenberg, Sandra-Yvonne-Stieger und Sabine Wölfer. Danke nochmals an alle Helfer und besonders den CDU-Mitgliedern des Ortsverbandes Olvenstedt.

Rüdiger Jeziorski
Vorsitzender OV Olvenstedt



Dr. Martin Schmidt (links) und Roberto Weslowski (rechts) vom CDU Ortsverband Olvenstedt beim Streichen des Pavillons. Kleines Foto: Die Kinder nehmen am Kindertag den neuen Platz für sich ein. Fotos: privat

Der Herrenkrug in Magdeburg - ein lohnenswerter Spaziergang

Zur schönsten Zeit des Jahres besuchten die Mitglieder der **Frauen Union** das beliebte Parkgelände unserer Elbestadt; und da sie mehr über diesen Landschaftspark wissen wollten, wurde der Landschaftsarchitekt und Diplomgärtner Horst Luding um eine sachkundige Führung gebeten.

Die Teilnehmer erfuhren, daß bereits ab 1676 ein Wärterhaus in der Elbaue stand. Hier trafen sich die Ratsherren und es entstand die Bezeichnung Herrenkrug für das Gelände. Im Laufe der Jahrhunderte gab es unterschiedliche Nutzungen und unter napoleonischer Herrschaft kam es durch umfangreiche Abholzungen zum Verfall.

Erst Anfang des 19. Jahrhunderts unter dem Oberbürgermeister August Wilhelm Franke, der den Gartenarchitekten Peter Joseph Lenné beauftragte, wurde der Grundstein für die Gestaltung zu einem Landschaftspark gelegt, wie wir ihn heute als Denkmal der Gartenkunst erleben.

Natürlich gab es während der Führung viele Fragen zum Park, zu den Bäumen, zu den Gebäuden und auch zu den Pflanzen im eigenen Garten und am Haus, die Horst Luding ausführlich beantwortete.

Allen Anwesenden hat dieser Nachmittag gut gefallen. Aber es gab auch einen Wermutstropfen,



Die Mitglieder der Senioren Union mit Horst Luding (Bildmitte) und Bernd Heynemann. Foto: Tobias Krull

denn Eichhörnchen, wie in der Einladung versprochen, zeigten sich nicht.

Da sich in unserer schönen Heimatstadt viele Parkanlagen befinden, die es wert sind besucht zu werden, ist hier ein weites Betätigungsfeld vorhanden.

Gisela Luding
Frauen Union Magdeburg

Eigentlich sollte es ein Spaziergang der **Senioren Union** bei mildem Frühlingwetter werden. Aber es war kalt und es wehte ein eisiger Wind. Trotzdem fanden sich einige Unentwegte an der Endhaltestelle im Herrenkrug ein.

Wir freuten uns über das Kommen unseres CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull und des Stadtrates Bernd Heynemann.

Unionsfreund Horst Luding hatte sich bereit erklärt, uns durch den Park zu führen. Beim Gang über die „Lästerallee“ vermittelte er uns Wissenswertes über den Park, den zum Teil sehr alten Baumbestand und die Hochwasser-Deichanlage.

Das dichte Blätterdach schützte uns vor dem Wind, so dass es doch ein schöner Spaziergang war und wir bedankten uns bei Horst Luding für seine interessanten Ausführungen.

Rosemarie Arndt
Senioren Union-Kreisvorsitzende



Horst Luding stand den Mitgliedern der Frauen Union Rede und Antwort auf Fragen zur Natur rund um den Herrenkrug. Foto: Frauen Union

Besuch des OV Sudenburg/Friedenshöhe bei der FAM



Michael Hoffmann, Vorsitzender des Ortsverbandes Sudenburg/Friedenshöhe und Sprecher der Sektion Magdeburg des Wirt-

schaftsrates, lud im Namen seines Ortsverbandes zu einem Firmenbesuch der FAM – Magdeburger

Förderanlagen und Baumaschinen GmbH ein.

Die FAM zählt zu den Traditionsunternehmen der Landeshauptstadt Magdeburg, welches erfolgreich weltweit agiert und allein in Magdeburg circa 500 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Teilnehmer wurden durch die beiden Geschäftsführer Dr.-Ing. Lutz Petermann und Dipl.-Kfm. Hartmut Möckel begrüßt. Die Geschäftsführer stellten das Unternehmen, seine Entwicklung und die Haupttätigkeitsfelder vor. Lutz Petermann betonte dabei die Erhaltung und den Ausbau des

Stammesitzes Magdeburg und die besondere Förderung des Ingenieur Nachwuchses von den beiden Magdeburger Hochschulen.

Danach erfolgte ein Rundgang durch die Fertigungshallen des Unternehmens, wo unter anderem auch die durch Dipl.-Wirt.-Ing. (FH) Jana Lesniak im Jahr 2009, im Rahmen ihres Diplomprojektes, modernisierte Pulverbeschichtungsanlage vorgestellt und erläutert wurde.

So bekamen die Teilnehmer einen ausführlichen Einblick in den komplexen Fertigungsablauf eines Maschinenbauunternehmens.

Redaktion

Lokale Unternehmen werden von der CDU unterstützt

Für die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt aber auch für mich ganz persönlich gehört die Unterstützung der hiesigen Wirtschaft zu den wichtigsten Aufgaben. Denn hier werden die Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die Bürger unserer Stadt geschaffen, lokale Steuereinnahmen erwirtschaftet und die Wertschöpfung in der Re-

gion gesichert. Diesen Tatsachen sind sich die Mitglieder unserer Fraktion bewusst und entsprechend handeln wir auch kommunalpolitisch.

Aber nicht nur dort, auch persönlich sind die Mitglieder der Ratsfraktion bemüht, die lokale Wirtschaft bei Einkäufen und der Vergabe von Aufträgen zu berücksichtigen. Umso bedauerlicher

wenn durch die Veröffentlichung von falschen Zitaten ein anderer Eindruck erweckt wird.

Als Fraktion suchen wir den ständigen Kontakt zu Unternehmen, zum Beispiel zur IG Innenstadt, um uns über deren Anliegen zu informieren. Klar ist aber auch, dass wird in der sozialen Marktwirtschaft nicht unabhängig von Marktgesetzen und normalen wirt-

schaftlichen Wettbewerb agieren können.

In diesem Spannungsfeld wird die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg sich nach Kräften dafür einsetzen, das Beste für den Wirtschaftsstandort Magdeburg und die Bürger unserer Stadt zu erreichen.

*Wigbert Schwenke
Fraktionsvorsitzender CDU/BfM*

im April zum

- 88. Geburtstag Hildegard Rogat
- 79. Geburtstag Horst Hollubetz
- 75. Geburtstag Dr. med. Werner Fiedler

- 74. Geburtstag Hans-Albert Didszonat
- 71. Geburtstag Ronhald Schabanoski
- 70. Geburtstag Frau Ingrid Fink

- 70. Geburtstag Thomas Veil
- 70. Geburtstag Eberhard Seifert
- 69. Geburtstag Rosita Schmidt

- 69. Geburtstag Bernd Jacobs
- 69. Geburtstag Karl-Heinz Suder
- 68. Geburtstag Andreas Krafczyk

- 68. Geburtstag Petra Schubert
- 68. Geburtstag Hermann Deckbar
- 67. Geburtstag Gisela Melzer
- 65. Geburtstag Herbert Umlauf
- 65. Geburtstag Karl Gertler

*Wir
gratulieren
recht
herzlich*

im Mai zum

- 90. Geburtstag Magdalena Ruden
- 84. Geburtstag Günther Hoff
- 77. Geburtstag Günter Szomm

- 74. Geburtstag Wolfgang Rausch
- 73. Geburtstag Dr. Christoff Gastmann
- 70. Geburtstag Reiner Sunkowski

- 69. Geburtstag Roswitha Gerber
- 69. Geburtstag Anne-Kathrin Berger
- 66. Geburtstag Brigitte Latton
- 66. Geburtstag Alexander Large

im Juni zum

- 82. Geburtstag Joachim Vogt
- 80. Geburtstag Erich Willi Lüderitz
- 74. Geburtstag Fritz Stock

- 73. Geburtstag Reiner Riegg
- 71. Geburtstag Christa Müller
- 68. Geburtstag Peter Ziechner

Gewinner des Sprachwettbewerbs zu Gast in der Landeshauptstadt



Die polnische Besuchergruppe in Magdeburg auf der Strombrücke mit Stadtführer und Ehrenstadtrat Eberhard Seifert. Foto: Holger Wegener

Bereits seit 2004 führen der Großpolnische Verein zur Weiterentwicklung ländlicher Regionen und die Junge Union Sachsen-Anhalt einen Deutsch-Polnischen Sprachwettbewerb für Jugendliche in Polen durch.

Mitte April besuchten die Besten des diesjährigen Wettbewerbs die Landeshauptstadt Magdeburg. Sie hatten sich gegenüber 1.700 Mitbewerberinnen und Mitbewerber aus ganz Polen durchgesetzt.

Zu Beginn des Besuchs begrüßte der Vorsitzende der

CDU-Landtagsfraktion André Schröder die Schüler samt einiger Betreuerinnen im Landtag und präsentierte ihnen auch den Plenarsaal. Unterstützt durch seine Fraktionskollegen Angela Gorr und Markus Kurze beantwortete er einige Fragen zur Parlamentsarbeit.

Danach ging es zum Alten Rathaus, wo der CDU/BfM-Ratsfraktionsvorsitzende Wigbert Schwenke und der Fraktionsgeschäftsführer Tobias Krull nicht nur Wissenswertes über die Kommunale Selbstverwaltung berichteten,

sondern auch einen ersten Einblick in die Magdeburger Stadtgeschichte gaben.

Diese wurde dann bei der anschließenden Stadtführung mit dem Ehrenstadtrat und Stadtführer aus Leidenschaft Eberhard Seifert vertieft. Am Nachmittag wurde die Möglichkeit zur Steigerung des Umsatzes des Magdeburger Einzelhandels intensiv genutzt.

Ger Einzelhandels intensiv genutzt.

Großer Dank gilt vor allem Holger Wegener und Daniel Szarata, die nicht nur beim Wettbewerbsfinale Ende März in Warschau mit dabei waren, sondern auch den rund einwöchigen Besuch der polnischen Gruppe in Sachsen-Anhalt kräftig mit organisiert haben. Johann Köter



Am 5. Juni trafen sich die Mitglieder des Ortsverbandes Ottersleben/Lemsdorf zu einem heimatkundlichen Rundweg durch Ottersleben. Sie sahen sich einige historische Gebäude an und erfuhren viel Interessantes von Ulrich Reichardt über die Geschichte von Ottersleben. Im Anschluss wurden alle zu Grillwurst, Bier und Wein auf den Hof des Ortsverbandsvorsitzenden Wigbert Schwenke MdL eingeladen. Foto: Manuel Rupsch

Genießen Sie in besonderer Ambiente frische, selbstgebackene Kuchen und Torten, feines Gebäck und exklusive Pralinen. Hergestellt von unserem Team um Meister Jens Siewert. Alles aus eigener Fertigung in unserer Schaubackstube. Mit viel Liebe zu diesem traditionsreichen Handwerk.

Leiterstraße 3 / 39104 Magdeburg / Telefon: 0391 5355987
www.kaffeehaus-koehler.de

Ganz natürlich - Strom und Wärme aus Abfall.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

Telefon: 0391/ 587-25 34
Telefax: 0391/ 587-17 64
E-mail: info@mhkw-rothensee.de
http://www.mhkw-rothensee.de

mhkw ROTHENSEE

Wir machen die Entsorgung sicher.

Magdeburg putzt sich und Christdemokraten putzen mit



Auch nach der Putzaktion viele strahlende und zufriedene Gesichter.

Auch in diesem Jahr rief die Landeshauptstadt Magdeburg

gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und Unternehmen zur

Frühjahrsputzaktion „Magdeburg putzt sich“ auf. Bei mehr als 300 Aktionen, mit rund 7.800 Beteiligten, wurden über 400 Tonnen Müll, Unrat und Grünabfälle gesammelt. Wieder einmal waren Mitglieder der CDU bzw. von der Jungen Union innerhalb der Kampagne mit aktiv.

So reinigten Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Olvenstedt das Gelände des Spielplatzes am Bruno-Beye-Ring, über den sie übrigens auch die Patenschaft übernommen haben. Gemeinsam mit Anwohnern befreiten Vertreter des CDU-Ortsverbandes Süd im Stadtteil Hopfengarten ein Areal von Gestrüpp und Unkraut. Den Titel Traditionsveranstaltung verdient inzwischen die alljährliche Putzaktion der Jungen Union, mit Unterstützung des CDU-Orts-

verbandes Südost, am Kriegerdenkmal in Fermersleben und den angrenzenden Spielplätzen.

Für diesen ehrenamtlichen Einsatz konnten stellvertretend die Christdemokraten Rüdiger Jeziorki (Vorsitzender CDU-Ortsverband Olvenstedt), Stefan Hörold (Vorsitzender CDU-Ortsverband Süd) und Freya Gergs (JU-Kreisvorsitzende) dann auch die Dankschön-Urkunden aus den Händen des Oberbürgermeisters entgegennehmen.

Selbstverständlich werden sich die Mitglieder unserer Partei auch im nächsten Jahr an dieser Kampagne beteiligen, denn für uns als CDU ist Engagement und Einsatz für die Gesellschaft unabhängig von Wahlterminen ein wichtiges Thema.

Tobias Krull
CDU-Kreisvorsitzender

Anlieger für die Pflege öffentlicher Grünflächen gewinnen



Stadtrat Michael Hoffmann (links) lud zum „GrünGipfel“: Die Halberstädter Straße soll grüner und damit attraktiver werden. Foto rechts: Ein Beispiel für eine grüne Innenhofbepflanzung. Fotos: Michael Hoffmann, Tobias Krull

Auf Initiative des Vorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Sudenburg/Friedenshöhe Stadtrat Michael Hoffmann fand Mitte April ein Sudenburger „GrünGipfel“ statt. Gemeinsam mit Vertretern der IG Sudenburg, ortsansässigen Unternehmen, der MVB sowie der Stadtverwaltung ging es um die Frage, wie die Halberstädter Straße grüner und damit auch attraktiver gestaltet werden kann.

Dabei ging es nicht nur um die Bepflanzung vorhandener Baumscheiben sondern zum Beispiel auch um die Installation von sogenannten Blumenampeln entlang dieser Magistrale. Daneben wurde vereinbart, dass private Anlieger angesprochen werden sollen. Einmal mit der Bitte, selbst für ein wenig mehr Grün im öffentlichen Raum zu sorgen und zum anderen mit



der Frage, ob sie bereit wären auch die Pflege öffentlicher Grünflächen durch eigenes Engagement zu übernehmen. Für beide Anliegen gibt es bereits Positivbeispiele entlang der Halberstädter.

Im Nachgang muss wohl ein gemischte Bilanz gezogen werden. Es besteht also noch viel Potential nach oben für eine grüne Sudenburg entlang dieser bedeutsamen Verkehrsverbindung.

Jana Lesniak

Infostand am Tag der Arbeit

Am Internationalen Tag der Arbeit, dem 1. Mai, gibt es alljährlich auch in der Landeshauptstadt eine Veranstaltung des DGB. Tradition ist es auch, dass sich die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, die Junge Union, der CDU-Kreisverband und die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat dort die Bürger über ihre Arbeit informieren und für Diskussionen zur Verfügung stehen.

Gerade bei dem herrlichen Sonnenschein und guter Resonanz auf den Stand durch die Gäste der Veranstaltung hat die Standbetreuung in diesem Jahr richtig Freude bereitet.

Renate Röhr



Innere Sicherheit und Kennzeichnungspflicht



„Jeder Extremist ist Mist! Eine starke bürgerliche Gesellschaft muss die eigene Demokratie verteidigen“, erklärt die Kreisvorsitzende der Jungen Union Magdeburg, Freya Gergs. Aus diesem Grund lud die Junge Union Innenminister Holger Stahlknecht im Mai zu einem Themenabend zur Lage in der sachsen-anhaltischen Innenpolitik ein.

Landesweit war ein deutlicher Anstieg extremistischer Straftaten im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. So stiegen die linksex-

remistischen Straftaten um rund 40 Prozent an, die rechtsextremen Straftaten nahmen um 20 Prozent zu. Auch Magdeburg hat in diesem Bereich kürzlich negative Erfahrungen gesammelt. Ausgerechnet nach der Meile der Demokratie kam es in diesem Jahr zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Der Minister referierte über Ausschreitungen, Kennzeichnungspflicht für Polizisten im Einsatz und insbesondere zu den Gefahren extremistischer Gruppierungen. Breiten Raum nahm

die Diskussion um ein mögliches Verbot der rechtsextremen NPD ein. Ein Verbot dieser Partei „würde das Problem nicht lösen, hat aber Symbolcharakter“, führt der Innenminister aus. Insgesamt müsse extremistischen Straftaten noch stärker als bisher entgegen gewirkt werden. Höhere Strafen für Verbrechen hält der Minister hingegen für nicht zielführend, vielmehr müsse der bestehende Strafraum konsequent angewendet werden.

Als weitere Gäste konnte die JU die Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Gabriele Brakebusch und den Bundestagsabgeordneten Manfred Behrens begrüßen. Im Anschluss an die Diskussion mit Innenminister Stahlknecht berichtete der Abgeordnete aus dem Bördekreis über die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Politik und Demokratie in Osteuropa.

Alexander Schröder, M.A.
JU, Pressesprecher

JU verurteilt Zerstörung am Kriegerdenkmal

Die Junge Union Magdeburg verurteilt den Diebstahl von Kupferplatten am Kriegerdenkmal in Fermersleben. „Dieser ungeheuerliche Akt blindwütiger Zerstörung des Mahnmals, um die Kupferplatten zu stehlen, ist eine schallende Ohrfeige für alle, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen und zeigt eine starke Verhöhnung der Täter“, erklärt die

Vorsitzende der Jungen Union Magdeburg, Freya Gergs.

Das Kriegerdenkmal ist ein Mahnmal, das heute jede Generation der Magdeburgerinnen und Magdeburger an die Schrecken und Leiden von Kriegen erinnern soll. Erst 2002 wurde es mit Spendengeldern saniert. Die Junge Union Magdeburg pflegt im Rahmen der Aktion „Magdeburg putzt sich“

regelmäßig das Kriegerdenkmal und die umliegenden Spielplätze. Bereits in der Vergangenheit wurde das Mahnmal wiederholt beschmiert und verunstaltet.

„Wir hoffen, dass die Täter schnell gefasst und das Denkmal wiederhergestellt werden kann“, so Freya Gergs abschließend.

Alexander Schröder, M.A.
JU, Pressesprecher

Stadtteilrundgang durch den Hopfengarten

Am ersten Juniwochenende lud der Ortsverband Süd, unter seinem Vorsitzenden Stefan Hörold, zum wiederholten Mal zu einem Stadtteilrundgang ein. Diesmal ging es durch den Stadtteil Hopfengarten. Neben den Stadträten Gunter Schindehütte und Frank Schuster waren auch die Beigeordneten Dr. Dieter Scheidemann (Bau) und Rainer Nitsche (Wirtschaft) bei der Tour dabei.

Gleich am Treffpunkt vor der Grundschule „Am Hopfengarten“ und der daneben liegenden Kindertageseinrichtung ging es um die Verkehrssicherheit vor Ort bzw. die vorhandenen Lichtsignalanlagen sowie den hohen Parkdruck im Gebiet. Beim weiteren Rundgang wurde die zukünftige Nutzung verschiedener Freiflächen debattiert. Im Ahornweg Ecke Hagebuttenweg befindet sich eine große brachliegende Wiese, die oft für verschiedene Veranstaltungen und Feste genutzt wird. Teilnehmer äußerten große Bedenken, dass durch die Bebauung dieser Fläche mit Einfamilienhäusern Festveranstaltungen gefährdet wären.

Angekommen am Hopfenplatz wurde der Zustand der umliegenden Nebenstraßen sowie die Aufenthaltsqualität nach den beabsichtigten Baumaßnahmen thematisiert.

Schlusspunkt war dann die Baustelle zur Errichtung der neuen Straßenbahnlinie. Kritisiert wurden die aktuelle Verkehrsführung bzw. die daraus resultierenden Behinderungen.

Sicher wurden nicht alle Fragen vor Ort befriedigend aus Sicht aller Teilnehmer beantwortet. Der CDU-Ortsverband Süd wird aber dran bleiben und weiter die Bürgeranfragen in seine Arbeit vor Ort einbeziehen.

Julia Steinecke, Mitglied des CDU-Ortsverbandsvorstandes Süd

Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Fast in der gesamten damaligen DDR erhoben sich am 17. Juni 1953 die Menschen zum Volksaufstand. Auch in Magdeburg kam es zu Demonstrationen gegen das SED-Unrechtsregime. Mindestens 55 Menschen bezahlten ihren Einsatz für Freiheit und Menschenrechte mit dem Leben. Darunter auch die Magdeburger Herbert Stauch und Alfred Dartsch, die noch am selben Tag durch ein militärisches Sondertribunal verurteilt und anschließend standrechtlich erschossen wurden.

Sowohl Landtagspräsident Detlef Gürth MdL (CDU) als auch der Vertreter der Opferverbände und Ehrenstadtrat Johannes Rink erinnerten bei ihren Reden daran, dass die Wurzeln der friedlichen Revolution von 1989 auch in die-

sem historischen Ereignis liegen.

Stadtrat Hubert Salzborn und CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull legten im heutigen Dokumenta-

tionszentrum und ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis Moritzplatz einen Kranz im Gedenken an die Opfer nieder.



Im Bild von Links: Johannes Rink, Bürgermeister Dr. Rüdiger Koch, Landtagspräsident Detlef Gürth.

Text und Foto: Tobias Krull

Wirtschaft und Wissenschaft müssen enger zusammenarbeiten ...



... so die zentrale Aussage der Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff bei der Veranstaltung des Wirtschaftsrates am 27. Juni zum Thema: „Ist die Förderlandschaft in Sachsen-Anhalt für Unternehmen noch attraktiv“.

In ihrem Vortrag ging die Ministerin auf die Unterschiede zwischen den Förderbedingungen in unserem Bundesland zu Anfang der neunziger Jahre und heute ein. Dazu gehört der Rückgang der insgesamt zur Verfügung stehenden Fördermittel genauso, wie die notwendige Konzentration der



Förderung von Unternehmen mit endogenem Potenzial. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass für innovative Geschäftsideen immer die Chance auf eine Förderung besteht.

Sie forderte die Anwesenden dazu auf, die Chancen zu nutzen die sich aus einer engen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ergeben können.

Anfangen von Kooperationen bei der Erstellung von Studien- und Abschlussarbeiten bis hin zum Einsatz von Innovationsassistenten. Dass solche Zusammenarbeit dringend notwendig ist, machte sie mit folgendem Vergleich deutlich: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung durch Unternehmen betragen in Sachsen-Anhalt 70 Euro pro Einwohner und im

Bundesdurchschnitt 471 Euro pro Einwohner.

Eine rege Diskussion schloss sich an, die vom Sektionssprecher und Stadtrat Michael Hoffmann moderiert wurde. Zuvor nutzte Gastgeberin Kerstin Stork die Gelegenheit ihr Unternehmen STORK Umweltdienste vorzustellen, wo die Veranstaltung auch stattfand.

Text und Fotos: Tobias Krull

Straßensammlung zu Gunsten der Kinder- und Jugendarbeit



Am 1. Juni dieses Jahres startete die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) vor dem Magdeburger Hauptbahnhof eine Straßensammlung zu Gunsten ihrer Kinder- und Jugendarbeit. Unterstützt wurden die EKM-Vertreter von Prominenz aus Politik, Sport und Gesell-

schaft, darunter Landtagspräsident a.D. Dieter Steinecke MDL.

Bevor es jedoch daran ging, die Spendenbüchse in die Hand zu nehmen, gab es noch ein „Speeddating“. Ehren- und Hauptamtliche aus dem Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hatten die Chance, sich mit den Anwesenden, zum Beispiel über ihre Aufgaben und Wünsche, auszutauschen.

Neben Informationsständen wurde auch ein abwechslungsreiches Begleitprogramm vor Ort geboten. So konnten sich Mutige beim Kistenklettern ausprobieren.

Redaktion



Fotos: Manuel Rupsch